

Parteiprogramme auf dem Prüfstand

Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26.9.2021

- Thema: **WOHNEN** -

Thema \ Partei	SPD	Grüne	Linke	CDU	FDP	AfD
Milieuschutz	- weitere neue Milieuschutzgebiete sollen durch das Land selbst ausgewiesen werden	- Milieuschutz soll in ganz Berlin noch mehr ausgeweitet werden als bisher	- Milieuschutz soll in Berlin stark ausgeweitet werden um vor Verdrängung zu schützen	- Ausweitung nicht vorgesehen, eher Förderung für Erwerb von Eigentumswohnungen und Neubau	- Milieuschutz soll in bestehenden Gebieten aufgehoben und nicht mehr ausgeweitet werden	- Milieuschutz ist nutzlos, Abschaffung von Milieuschutzgebieten
Wohnungsbau	- Bau von 200.000 Wohnungen bis 2030	- 20.000 sozialverträgliche Wohnungen pro Jahr neu bauen (klimaneutraler Bau)	- 19.000 neue Wohnungen pro Jahr 75% (100% in der Innenstadt) Sozial-Wohnungen bei Neubau	- Bau von 300.000 Wohnungen bis 2035	- Erleichterung des Bauprozesses und Erhöhung des Freibetrags für die Grunderwerbssteuer - bis 2030: 200.000 neue Wohnungen	- Senkung der Grunderwerbssteuer von 6 auf 3,5% - umfassende Investitionen in Wohnungsbau
Mietendeckel	- Einsetzen für Öffnungsklausel auf Bundesebene, die Ländern Mietdeckelung ermöglicht	- bundesweite Regelung zur Deckelung der Mieten soll einen Mietendeckel auf Landesebene ermöglichen	- entweder ein bundesweiter Mietendeckel oder eine Öffnungsklausel, die einen Mietendeckel in Berlin ermöglicht	- „Wohnungsbau statt Mietendeckel“ - Ablehnung der Deckelung von Mieten	- Ablehnung eines Mietendeckels	- „planwirtschaftliche Idee“ - Abhilfe schafft nur eine Erhöhung des Wohnungsangebots auf dem Wohnungsmarkt

Thema \ Partei	SPD	Grüne	Linke	CDU	FDP	AfD
Meinung zum Volksentscheid am 26.09 „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“	Gegen den Volksentscheid	Für den Volksentscheid	Stark für den Volksentscheid	Gegen den Volksentscheid	Gegen den Volksentscheid	Gegen den Volksentscheid

Fazit SPD: Als Fazit erkennt man, dass das Erhalten und die Förderung der Millieuschutzgebiete eine hohe Priorität hat, ähnlich wie ein Schutz vor Privatisierung und drastischer Mieterhöhungen.

Fazit Grüne: Abschließend lässt sich sagen, dass das Programm der Grünen konkrete Lösungen für die Mietenknappheit in Berlin liefert und Vorschläge macht, die soziale Gerechtigkeit zu verbessern. Auf die Klimaverträglichkeit der Maßnahmen wird besonders Rücksicht genommen.

Fazit Linke: Zusammenfassend fokussiert sich die Wohnungspolitik der Linken stark auf die soziale Gerechtigkeit. Es wird umfassend und konkret beschrieben die Wohnungsknappheit zu bekämpfen und Berlin wieder für möglichst viele Menschen bezahlbar zum wohnen zu machen.

Fazit CDU: Alles in allem lässt sich erkennen, dass die CDU eher auf Wohnungsneubau, Eigentumsförderung und Barrierefreiheit im Bauwesen setzt.

Fazit FDP: Zusammenfassend setzt die FDP bei ihrer Wohnungspolitik vor allem auf die Förderung des Neubaus und die Erleichterung des Grunderwerbs, wobei sie den Mietendeckel und Millieuschutz als nicht zielführend erachtet und daher ablehnt.

Fazit AfD: Die AfD setzt einen großen Fokus auf drastische Änderungen bei der Wohnungspolitik und liefert konkrete Ansätze, wie dieser Wandel aussehen sollte. Sie will vor allem das Angebot auf dem Wohnungsmarkt stark erhöhen und das Bauen von Wohnungen erleichtern. Ob sich diese Strategie bezahlt macht ist noch ungewiss.